



Almosmühlstraße 18 · 85137 Inching

Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
z. Hd. Herrn Staatsminister Brunner
Ludwigsstr. 2
80539 München

Brandbrief zur Situation der bayerischen Forstunternehmer

Sehr geehrter Herr Staatsminister Brunner,

wir vertreten die über tausend forstlichen Dienstleistungsunternehmen in Bayern. Von uns werden mittlerweile über 50 % des Holzeinschlages in Bayern getätigt. Bei den meisten Firmen handelt es sich um Kleinbetriebe mit bis zu zehn Beschäftigten. Sehr viele unserer Betriebe befinden sich naturgemäß in den stärker bewaldeten aber strukturschwachen ländlichen Regionen Bayerns und bieten dort hochqualifizierte Arbeitsplätze.

Die Forstunternehmer sind das erste Glied in der gesamten Wertschöpfungskette Holz mit mehr als 150.000 Beschäftigten (laut Clusterstudie "Forst und Holz") und durch unsere Kleinstruktur auch das schwächste. Jede Kette ist jedoch nur so stark wie ihr schwächstes Glied.

Und die Kette droht an ihrem schwächsten Glied zu reißen!

Viele unserer Betriebe sind in den letzten zwei Jahren in eine starke wirtschaftliche Schieflage geraten. Die Ertragslage hat sich massiv verschlechtert, Maschinenbestände veralten und dringend notwendige Ersatzinvestitionen können nicht durchgeführt werden. Gutes Personal verlässt aufgrund der wirtschaftlichen Unsicherheiten die Branche und neue Mitarbeiter sind wegen des mittlerweile schlechten Rufs der Branche kaum verfügbar. Wenn diese Entwicklung so weitergeht, befürchten wir ein komplettes Zusammenbrechen der Branche.

Die Gründe für die derzeitige Situation sehen wir hauptsächlich in zwei Tatsachen:

1. Einschlagszurückhaltung im Privatwald

Der Holzeinschlag im Privatwald ist laut der Holzeinschlagsstatistik des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz seit 2008 um ca. zwei Millionen Festmeter in Bayern gefallen. Bei einem 50% igen Unternehmeranteil fehlen unserer Branche 1 Mio. Festmeter Holz (wahrscheinlich sind es sogar deutlich mehr, da die eigene Arbeitskapazität der Waldbesitzer zuerst genutzt wird!). Alle bisherigen Programme der Politik haben diese Entwicklung nicht bremsen können. Vielmehr sind aus unserer Sicht viele Entscheidungen der Politik, sei es aus Berlin oder aus München, sogar contraproduktiv.

So hat das Absenken der Betriebsausgabenpauschalen und die damit verbundene erhöhte Steuerlast der Waldbesitzer natürlich den Willen zum Holzeinschlag behindert. Zudem wird immer noch der Waldbesitzer steuerlich entlastet, der sein Holz infolge einer Kalamität nutzen muss und nicht der Waldbesitzer, der durch eine kontinuierliche Pflege seines Waldes die Kalamität vielleicht verhindern oder zu mindestens abmildern kann. Nicht die Kalamität hilft uns Forstunternehmern, der ganzen Kette und somit der Volkswirtschaft, sondern eine regelmäßige Durchforstung und Ernte.

Hier müssen dringend die steuerlichen Grundsätze geändert werden.

Die Entscheidung Ihres Hauses, die Förster der Ämter für Landwirtschaft und Forsten zu Förder- und Kontrollbeamten zu degradieren, die nur noch bei Sammelberatungen und Waldumbau im Privatwald tätig sein dürfen, hat uns den neutralen Mittler zwischen immer urbaneren Waldbesitzern und Forstunternehmern genommen. Die forstlichen Zusammenschlüsse können diesen Part unseres Erachtens nicht komplett übernehmen, da sie hauptsächlich vom Holzverkauf lebend nicht neutral sein können. Zudem scheuen viele FBG/WBV´s das Risiko, qualifiziertes Personal einzustellen und haben auch nicht die notwendigen Hilfsmittel (Stichwort Einsicht ins Grundbuch).

Wir fordern Sie, Herr Staatsminister Brunner, auf, die getroffenen Entscheidungen zu berichtigen. Wir brauchen zum Wohl des kompletten Clusters Forst und Holz wieder engagiertes Forstpersonal auf der gesamten Fläche, die die Waldpflege im Privatwald voranbringen und nicht von oben beschnittene Papiertiger!

2. Ausschreibeverhalten der BaySF

Die BaySF muss unter derzeitiger Rechtslage alle Dienstleistungen ausschreiben. Die fehlende Arbeit im Privatwald hat zu einem ruinösen Preiskampf um diese Ausschreibungen geführt. Geld wird dadurch schon längst nicht mehr verdient. Vielmehr geht es nur noch darum, Arbeit zu haben, damit zu mindestens die Finanzierungsraten der Maschinen und die Löhne noch bezahlt werden können.

Wir sind sehr wohl bereit, uns dem Markt zu stellen, aber dann muss es auch ein fairer Markt sein. Wohin komplett unregelte Märkte führen, haben wir die letzten Jahre denke ich zu genüge erlebt!!



Momentan haben wir aber bei der extrem starken Stellung der BaySF jedoch nicht einmal einen freien Markt.

Wir fordern Sie deshalb auf, zusammen mit der BaySF, den forstlichen Hochschulen und den Berufsverbänden ein rechtlich und wirtschaftlich tragfähiges neues Vergabesystem zu etablieren.

Denn es ist nicht fünf Minuten vor Zwölf sondern schon längst nach zwölf.

Bedanken, Herr Staatsminister Brunner, möchten wir uns im Namen aller Forstunternehmer für Ihre klaren Aussagen zur Forstwirtschaft auf der gesamten Fläche. Wir werden Sie und Ihre Partei jedoch auch nach der Wahl an diesen Aussagen messen.

Die Aussagen von Bundeskanzlerin Merkel stimmen uns in diesem Zusammenhang jedoch nicht allzu hoffnungsvoll.

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Harrer

1. Vorsitzender
